

Dokumentation

Arbeitstreffen:

Zwischen Anspruch auf
Selbstorganisation und „Mut zur
Verwaltung“ – Auf der Suche nach
neuen Formen der
Stadtgestaltung

24. und 25. September 2015 | Wuppertal

SEiSMiC Deutschland
SEiSMiC Germany

Inhalt

Einstieg	4
Alternativen der Selbstorganisation	4
Genossenschaft	4
Bürgerstiftung	5
GmbH	5
Netzwerk/Verein	6
Wie funktioniert Verwaltung ...	7
... aus Sicht der Wuppertaler Stadtverwaltung	7
... aus Sicht der Berliner Senatsverwaltung	7
... aus Sicht eines Mittlers zwischen Landesverwaltung und urbanen Projekten	8
Kollektivierung urbanen Wissens: Expertisen und Erfahrungen aus der/für die praktische Arbeit	10
„Ausgangspunkte“	10
„Interne Strukturen“	11
„Lokale Effekte“	12
„Aus Sicht der Verwaltung“	13
„Muster des Gelingens“ für eine kooperierende Stadt(raum)gestaltung	15
Fallbeispiele	15
Leopoldplatz (Berlin)	15

Rohrmeisterei (Schwerte)	17
Grandhotel Cosmopolis (Augsburg)	18
Platz vor dem Dortmunder U (Dortmund)	20
Zusammenführung	22
Organisator_innen und Kooperationspartner	24
Dokumentationsteam	25
Kontakt und Impressum	25

Alternativen der Selbstorganisation

Kurzvorstellungen vier urbaner Initiativen mit unterschiedlichen Rechts- bzw. Organisationsformen entlang von folgenden Fragestellungen:

1. Warum wurde genau diese Rechts-/Organisationsform gewählt?
2. Was zeichnet sie aus?
3. Was sind die Vor- und Nachteile?
4. Wie gestalten sich Berührungspunkte und Interaktionen mit Stadtverwaltungen?

Genossenschaft

Fall: **Wohnungsbaugenossenschaft Ölberg eG**, Wuppertal (vorgestellt von Gabi Schulten und Thomas Weyland)

entstanden aus einem breiten Engagement von Bewohner_innen des Ölbergviertels; Ziele sind die Bestandserhaltung des Gründerzeitviertels, moderate Sanierungen und bezahlbare Mieten

1. Gut geeignet für das Quartiersengagement in einem Netzwerk aus Hauseigentümern
2. Verhinderung einer Privatisierung von eventuellen Gewinnen, gemeinschaftliche Form der Organisation
3. Vorteile: keine Privatisierung, besondere Potenziale für Mieter_innen liegen in der Mitentscheidung durch demokratische Strukturen, stärkere Bindung der Genoss_innen; Nachteile: kompliziertes Genossenschaftsrecht, kosten- und ressourcenintensiv (Wirtschaftsprüfung und Arbeitszeit), keine Möglichkeit der Abschöpfung von Steuervorteilen, Körperschaftssteuer und Gewerbesteuer fällt bei Einnahmen von Nichtmitgliedern an, Darlehensproblematik/Kontrolle durch Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (Nachrangdarlehn, Kleinanlegerschutz), andere Geschäftsbereiche sind nicht möglich (etwa Quartiersgenossenschaft, Bürgerenergiegenossenschaft)
4. mit Kommune: Projektpartner: BBSR-Projekt „Altersgerecht Umbauen im Bestand“, Denkmalschutz, Vermietung an Flüchtlinge, AG „Wohnstadt Wuppertal“

Bürgerstiftung

Fall: **Bürgerstiftung Rohrmeisterei Schwerte**, Schwerte (vorgestellt von Tobias Bäcker)

lange Zeit leer gestandenes Industriedenkmal, das nun hauptsächlich Ort für Kulturveranstaltungen ist und außerdem von gastronomischen Betrieben ist

1. Eignung für Bauvorhaben und zum wirtschaftlichen Arbeiten
2. Verbindung von Kapital und einem Zweck in einer Satzung, Stiftungskapital muss erhalten bleiben.
3. Vorteile: Satzung eher einfach (Mustersatzungen) und freier gestaltbar, Spendenakquirierung möglich, Gewinn/Einnahmen auch durch eigene wirtschaftliche Tätigkeit möglich; Nachteile: Gremien notwendig (operatives Gremium, Aufsichtsgremium, Versammlung der Stifter_innen), nicht zwingend basisdemokratisch
4. gegenüber der Verwaltung bringt „Bürgerstiftung“ ein positives Image → größerer Respekt als bei anderen Organisationsformen, Kooperation verläuft auf Augenhöhe

GmbH

Fall: **Kulturquartier Münster GmbH**, Münster (vorgestellt von Thomas Grollmus und Dr. Rainer Kossow)

Aktuell entstehender Kulturort mit abwechslungsreichem Bildungsangebot, Vermietung und Bereitstellung von Räumen (zur Finanzierung); besonderer Fokus auf Ökologie und Nachhaltigkeit, insbesondere beim Bau und Ausbau des Gebäudes

1. Das Kulturquartier Münster wurde von 8 erfolgreichen Kreativ-Unternehmern als GmbH gegründet, da die Vermietung von Räumen als Haupteinnahmequelle nicht gemeinnützig ist. Nur so kann ein umfangreiches Kulturangebot durch selbständig arbeitende Künstler und Kulturschaffende angeboten werden.
2. Das Kulturquartier Münster ist durch seine Mieteinnahmen und eine innovative Organisation unabhängig von öffentlichen Zuschüssen im Betrieb. Sämtliche Gewinne fließen zurück in die Kulturarbeit. Es geht um Eigeninitiative, Gemeinschaft, gelebte Subsidiarität und Verantwortung gegenüber Mensch und Natur.
3. Vorteile: Als freie Unternehmer können wir schnell zu Entscheidungen kommen und diese auch zeitnah umsetzen. Der Wegfall von Förderquellen für gemeinnützige Organisationen eröffnet den Weg zur Kreativität bei der Beschaffung von finanziellen Mitteln. Das Kulturquartier wird fitter und resilienter; Nachteile: Sämtliche Förderquellen für gemeinnützige Organisationen entfallen. Es gibt gelegentlich Erklärungsbedarf, warum wir uns für die Gesellschaftsform der GmbH entschieden haben.

4. Das Kulturquartier Münster legt Wert auf persönliche, vertrauensvolle Kontakte innerhalb der Stadtverwaltung. Da sämtliche Gesellschafter keinerlei Gewinnausschüttungen erhalten und das Kulturquartier Münster sich mit den Themen Musik, Ökologie und Entwicklung für Münster engagiert, begegnet uns auf allen Ebenen der Stadtverwaltung Unterstützung und Entgegenkommen.

Netzwerk/Verein

Fall: *Insane Urban Cowboys*, Gelsenkirchen

informelles Netzwerk aus Kreativen aus der Umgebung, das Veranstaltungen mit Schwerpunkt Kunst/Kultur/Kreativwirtschaft, organisiert, aber auch verschiedene andere Aktivitäten betreibt (bspw. Vermittlung von Leerständen, Teilnahme an Bürgerdialogen und -beteiligungen); befindet sich aktuell im Prozess der Vereinsgründung

vorgestellt von Roman Milenski und Roman Pilgrim

1. Die IUC sind ein informelles Netzwerk aus Künstlern, Kultur-, Medienschaaffenden und Stadtentwicklern, aber momentan auf dem Weg zum Verein. Die Form des informellen Netzwerks wurde gewählt, da alles sehr spontan 2013 zu Stande kam und es so am einfachsten aufzubauen war. Zudem war von Vorteil, dass Interessenten keine Verpflichtungen eingehen mussten, um mitzumachen. So konnte das Netzwerk schnell wachsen.
2. Das Netzwerk zeichnet aus, dass sich die Mitglieder gegenseitig unterstützen. Bei Aufträgen des einen, kann evtl. ein anderer zuarbeiten. Braucht jemand bspw. einen Fotografen, weiß er wo er ihn findet. Alle zusammen oder einzelne Gruppen können Aufträge annehmen. Gemeinsam werden hin und wieder Veranstaltungen durchgeführt und alle arbeiten, ohne eigene wirtschaftliche Interessen, an der Entwicklung des Stadtteils Gelsenkirchen-Ückendorf. Vor allem treten die IUC bei gewissen Angelegenheiten und Prozessen im Stadtteil im Hintergrund als Vermittler auf.
3. Vorteile sind Flexibilität, wenige Verpflichtungen und das schnelle Erweitern des Netzwerks. Nachteile sind, dass man hin und wieder auch wenig aktive Mitglieder hat, und vor allem nicht als (juristische) Körperschaft bei der Abwicklung jeglicher Formalitäten auftreten kann.
4. Die Berührungspunkte zur Verwaltung sind eng. Wir kooperieren nach Möglichkeit mit der Stadt, unterstützen Vorhaben und Events, sind aber oft nicht einer Meinung mit ihr. Diskussionen um Entwicklungsprozesse finden regelmäßig statt. Ansonsten will man grundsätzlich gemeinsam mit der Stadtverwaltung die Situation vor Ort verbessern, anstatt als 'zornige' Künstler per se gegen alles, was 'von oben' kommt. Auf der anderen Seite sind auch die Leute in der Verwaltung froh, engagierte Menschen und Ansprechpartner im Viertel zu haben.

Wie funktioniert Verwaltung ...

... aus Sicht der Wuppertaler Stadtverwaltung

Rüdiger Bleck, **Bereich Stadtentwicklung der Stadt Wuppertal**:

- der Bereich Stadtentwicklung erhält seine Aufgaben von Stadtrat/Stadträtin (hier handelt es sich meistens um „freiwillige Aufgaben“), bzw. vom Land oder Bund (gesetzlich festgelegte Aufgaben)
- durch Städtebau lässt sich vieles realisieren, daher gibt es auch recht stark ausgeprägte Instrumente einer Städtebauförderung; Städtebau hat keine Einzelinteressen im Blick, sondern Allgemeininteresse und folgt entsprechend keiner Gewinnorientierung
- Stadtentwicklung dient auch der Haushaltssicherung; durch Prioritätensetzung im Zuge der Haushaltskonsolidierung wird sie jedoch zunehmend entschlackt
- nationale Stadtplanungstrends beeinflussen die Verwaltungsarbeit
- insbesondere bei Aufträgen zu Brachflächen, die Gewerbe und Wohnen verbinden, greifen unterschiedliche bottom-up/top-down-Prozesse ineinander und beeinflussen das Handeln der Stadtverwaltung
- in Wuppertal besteht eine enge Zusammenarbeit zwischen Vereinen und der Stadt
- Beispiel für einen Kooperationsprozess in Wuppertal: Leitlinienpapier 2025 für Schwerpunktsetzung: 13 Schlüsselprojekte, in die Initiativen (private Initiativen, aber bspw. auch Universitäten) eingebunden werden mit jeweils unterschiedlicher Federführung

... aus Sicht der Berliner Senatsverwaltung

Sabine Krutzsch, **Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt**, Berlin:

- seit 25 Jahren in der Stadterneuerung tätig; arbeitet in der Verwaltung, betreut Sanierungsgebiete sowie städtebauliche Planungs- resp. Entwicklungsprozesse sowie den Einsatz von Städtebaufördermitteln; (ca. 15–18 Jahre Dauer je Gebiet)
- Grundproblem im Verwaltungsalltag: eine zu hohe Anzahl zu erreichender Ziele
- Kreativität in der Verwaltung ist gefragt; es sollte intern und extern auf Augenhöhe gearbeitet werden
- Beteiligungsprozesse laufen nicht immer optimal ab (bspw. sind in einigen Fachämtern (z. B. Tief- oder Hochbauämtern) Beteiligungsverfahren überhaupt nicht bekannt oder werden durch die Mitarbeiter_innen skeptisch gesehen; im Ablauf von Beteiligungsverfahren entstehen dann oft aus Unkenntnis/Unerfahrenheit Kommunikationsschwierigkeiten); den Mitarbeitern der Stadtplanung ist jedoch bewusst, dass es zu ihren Pflichten gehört, für eine angemessene Bürgerbeteiligung Sorge zu tragen.

- Verwaltung und Politik mussten lernen, ihr hierarchisches Denken abzulegen und frühzeitig und je nach Rahmenbedingungen individuell in Kommunikation mit den Bürger_innen zu treten. In der Praxis hat sich dies – auch von Seiten der Politik – noch nicht durchgängig durchgesetzt.
 - → heterogenes Nebeneinander von unterschiedlichen Planungspraxen, Kommunikationsformen und Beteiligungsformen
 - → gerade die Politik sollte zivilgesellschaftliche Projekte noch ernst nehmen und als positive Beiträge zur Stadtentwicklung betrachten
- zivilgesellschaftliche Prozessbeteiligte sollten anerkennen, dass es andere Projekte/Prozesse gibt (und dass sie alle ihr eigenes Projekt als das wichtigste einschätzen/resp. vertreten Partikularinteressen ...) und sie dies erkennen und dementsprechend auftreten sollten (oft nicht der Fall)
- Verwaltung hat zum Teil eine Eigendynamik und versteckt sich oft hinter Verfahren, was es Initiativen schwer macht, ihre Ideen und Vorhaben in Form von Kooperationen durchzusetzen.
- Verwaltung ist sektoral resp. vertikal strukturiert, während Projekte horizontal ausgerichtet sind
- eine verantwortliche und handlungsfähige Projektkoordination innerhalb der Verwaltung ist nötig, es braucht aber auch eindeutige Ansprechpartner in der Verwaltung und in den einzelnen Initiativen → beide Seiten benötigen zuverlässige Ansprechpartner und oft auch Mittler
- als helfendes System braucht es: Rückmeldungen aus „erster Reihe“, Vertrauen auf beiden Seiten, Verlässlichkeit der Verwaltung, Arbeit auf Augenhöhe mit Projektbeteiligten/Initiativen, spontane Kommunikation, Aufbau von Netzwerken, gegenseitige Wahrnehmung als Partner und Gleichberechtigte (auf keinen Fall sollten Initiativen als Bittsteller wahrgenommen werden)

... aus Sicht eines Mittlers zwischen Landesverwaltung und urbanen Projekten

Joachim Boll, [startklar.projekt.kommunikation](#) (Projektkoordination), Dortmund:

- freies Büro mit 4-5 Mitarbeiter_innen; Arbeit in den Bereichen Projektentwicklung, Finanzierung, Kommunikation und Kooperation; Büro spürt Projekte auf, prüft sie auf Umsetzbarkeit und bietet Begleitung bis zum „Funktionieren“ an
- gute Erfahrungen mit regelmäßigen Treffen und Prozessen, die nach folgenden Kriterien funktionieren: alle sitzen mit am Tisch, Treffen sind entscheidungsfähig, Dialog zwischen unterschiedlichen Sichtweisen kommt in Gang, alle gehen mit „Hausaufgaben“ nach Hause und arbeiten beim nächsten Treffen mit Fortschritten weiter
- Projekte müssen verstehen, dass öffentliche Gelder vielen unterschiedlichen Interessen zur Verfügung stehen müssen und ein jeweiliges Projekt auf einer Prioritätenliste nach seinem Gemeinnutzen für die/den Stadt(teil) beurteilt wird → entsprechend müssen sich Projekte um eine klare Kommunikation bemühen

- „Welche Ziele verwirklicht ein Projekt für die Stadt konkret?“) → die Sprach- und Handlungsfähigkeit gegenüber der Verwaltung steigen hierdurch
- Verwaltung muss anerkennen, dass einzelne Initiativen auch über ein Eigeninteresse hinaus Positives bewirken können, also häufig auch dem Quartier oder der Stadt insgesamt nutzen (und nicht nur einer Szene)
 - Büro sieht sich als „Flaschenhals“ oder Mittler zwischen Verwaltung und Projekten, der Verantwortungskern für ein Gelingen liegt jedoch auf der Projektseite
 - Büro leistet vor allem Unterstützung in der Projektkoordination sowie in der Vermittlung: Zusammenbringen unterschiedlicher Sprachen, Verhandlung mit allen Beteiligten an einem Tisch, Übersetzung zwischen unterschiedlichen Sprachen und Sichtweisen

Kollektivierung urbanen Wissens: Expertisen und Erfahrungen aus der/für die praktische Arbeit

Nachfolgend werden die Inputs durch Expert_innen sowie Erfahrungsberichte und Diskussionspunkte von Teilnehmer_innen aus vier Arbeitsgruppen dargestellt.

„Ausgangspunkte“

Fragen: *Welche unterschiedlichen Rechts-/Organisationsformen urbaner Initiativen gibt es? Was zeichnet sie aus? Welche Rechtsform ist in welchem Projektstadium die beste?*

Input von: Antje Eickhoff, Montag Stiftung Urbane Räume, Bonn

- Projektphasen und Rechtsformen:
 - Aktivierungsphase: keine Rechts- und Organisationsform notwendig, Zusammenarbeit auf Vertrauensbasis
 - Ideengenesse: weiterhin informell, offene Treffen, zur Einwerbung von Geldern könnte Förderverein eventuell sinnvoll sein
 - Gründungsphase: Findung einer angemessenen Rechtsform, passgenau für das Projekt, Klärung der Ziele, ...
 - Pionierphase: Rechtsform steht auf Prüfstand (Vereinbarkeit ehrenamtliche Arbeit mit wirtschaftlichem Betrieb...), ggf. zusätzliche Rechtsform wählen
 - Verstetigungsphase: Wurde die richtige Rechtsform gewählt? Ist interne Zusammenarbeit hinreichend geregelt? Gibt es Probleme mit Haftung, Steuern, Kapital?
- innere Struktur des Projektes: Entscheidungsfindung innerhalb der Gruppe muss geregelt werden (bspw. Konsens- oder Mehrheitsprinzip?), ebenso Vertretung gegenüber Dritten, Auflösung und Ausstieg, Stimmrecht der Kapitalgeber_innen → Wenn man weiß, was man will, findet sich die passende Rechtsform zusammen mit Rechtsberatern!
- Rechtsformen – Was zeichnet sie aus?
 - Personengesellschaften (GbR, KG, OHG, GmbH & co. KG): Gemeinnützigkeit kann prinzipiell nicht anerkannt werden
 - Körperschaften (Kapitalgesellschaften (UG haftungsbeschränkt, GmbH, AG), Genossenschaft, Verein): Gemeinnützigkeit kann anerkannt werden
 - Stiftungen (priv. und öffentl. Rechts): Gemeinnützigkeit kann anerkannt werden

Erfahrungen und Diskussionspunkte:

- zentral: Es gibt genügend Rechtsformen, um in der jeweiligen Situation die geeignete Form für eine Idee bzw. ein Projekt zu finden.
- Probleme:
 - Prozess der Rechtsformfindung und Umsetzung
 - Initiativen fehlt intern (meistens) das Wissen, um die geeignete Rechtsform zu finden → benötigen Ansprechperson für Rechtsfragen (Kostenfrage)
 - Expertise von Spezialist_innen ist häufig zu einseitig (auf die jeweilige Rechtsform ausgerichtet)
 - Die notwendige interne Verwaltungsarbeit seitens der Träger führt häufig zu Überforderung → Wie kann dauerhaftes Engagement trotzdem weiterhin bestehen bleiben?
 - Welche Macht üben Rechtsform und Raum auf den (inhaltlichen) Gestaltungsprozess aus?
- Lösungen:
 - Mittler als Übersetzer zwischen Verwaltung und Bürger_innen
 - langfristiges Engagement durch mehr Verantwortungsabgabe an Bürger_innen
 - Kommunikation der Verwaltung an Bedürfnisse und Organisationsformen urbaner Initiativen anpassen
 - Selbstvermarktung und professionelle/r Auftritt/ Erscheinung
 - „Kleeblatt an finanziellen Gebern“ zusammenstellen
 - kreative Lösungen innerhalb (oder auch in der Kombination?) von Rechtsformen (bspw. Infrastruktur für Gastronomie aus Stiftungsmitteln aufbauen, um mit dem Gewinn frei agieren zu können, ohne durch Rechtsform eingeengt zu sein)

„Interne Strukturen“

Fragen: *Wie lassen sich in urbanen Initiativen Prozesse der Entscheidungsfindung und Arbeitsverteilung klug organisieren? Wie lassen sich Ehrenamt und Hauptamt miteinander verbinden? Wie gewinnt man über das engere Umfeld hinaus neue Aktive? Wie lässt sich „Partizipation“ innerhalb einer urbanen Initiative organisieren?*

Input von Achim Konrad, **Utopiastadt**, Wuppertal:

- Start als Coworking-Space, dann kam(en) Hacker(space) dazu, dann Kneipe, Fahrradwerkstatt → Interessierte kommen und bringen Themen mit; sukzessive, cluster-artige Entwicklung
- Aufgaben werden auch von außen (mit)bestimmt, bspw. durch Presseartikel, der Aufmerksamkeit generiert (Leute stehen dann vor der Tür und „fordern“)
- irgendwann drängt die Frage nach Formalisierung und Eintaktung von Aufgaben (bspw. Notwendigkeit von Dienstplänen)

- Selbstorganisation funktioniert auch, aber weniger kontinuierlich und verlässlich (im Vergleich zu konventioneller Hierarchie)

Erfahrungen und Diskussionspunkte:

- bunte Mischung von Personen → viel verschiedenes Wissen und Können
- Aufgabenbereiche (bspw. Finanzen) so zu strukturieren und formalisieren, dass sie auf Arbeitsweisen und -prozesse von Behörden, der Verwaltung oder anderen externen Stellen (bspw. Finanzamt und Steuerberatung) abgestimmt bzw. angepasst sind (und folglich auch eine bessere Kommunikation ermöglicht wird), kann ermöglichen, dass dadurch zeitliche wie auch kreative Freiheiten (an anderer Stelle) zurückgewonnen werden können.
- gezielt nach (sozialen, monetären, ...) Kapital bei sozialen Kontakten suchen
- klein(st)er gemeinsamer Nenner anstatt gemeinsames großes Ziel
- Wissen und Informationen kollektiv und kollaborativ ablegen

„Lokale Effekte“

Fragen: *Wie gelingen Kooperationen in dem kommunalen Umfeld? Über welche Formate und Strategien lassen sich lokale Allianzen bilden? Lassen sich „lokale Effekte“ längerfristig/nachhaltig planen?*

Input von David J. Becher, [Forum Mirke](#), Wuppertal:

- vor neun Jahren in die Gegend „Mirke“ gezogen; damals letzte Straße vor der Autobahn, alte Tankstelle, Brache, ungenutztes Bahnhofsgebäude; dann kamen junge Leute mit „Vision“, noch mal 2 Jahre später Utopiastadt in den Bahnhof und die ehemalige Nordtrasse der Bahn wurde zu einer Fahrradstrecke; es entstand ein lebhaftes Quartierszentrum direkt vor der Tür → Interesse an Partizipation
- grundsätzlich gilt für die Kooperation in der Nachbarschaft: §1 lerne mit deinem direkten Nachbarn auszukommen. §2 Wenn dein direkter Nachbar anders ist, gilt §1.
- Forum Mirke entstand als Zusammenschluss bereits aktiver Initiativen und Personen im Viertel, also als eine bottom-up-Organisation, nicht als Initiative der Stadt.

Erfahrungen und Diskussionspunkte:

- Stadtverwaltung ist meistens bei Treffen des Forum Mirke dabei, aber es ist nicht explizit so, dass Stadtverwaltung und Wirtschaftsförderung dabei sein müssen. Ein Mitbegründer des Forum Mirke arbeitet in der Wirtschaftsförderung. So ergeben sich direkte Kontakte und es entsteht die Möglichkeit eines Austauschs auf Augenhöhe.
- Integrierte Stadtentwicklung als Ziel: Es geht darum, Aktivitäten und Potenziale im Quartier zu stärken, das gesamte Viertel im Auge zu haben und nicht aus den Lobbyinteressen einzelner Initiativen zu gestalten.

- Kommunikation und Kooperation zwischen bereits Engagierten ist zentrales Ziel.
- Häufige Diskrepanz im Selbstverständnis von Projekten und Stadtverwaltung im Hinblick auf die Zeitlichkeit: Projekte beginnen oft zunächst kurzfristig und haben eine bestimmte Eigenlogik. Projekte, die nachhaltige Verbesserungen für ein Quartier anstreben, müssen aber langfristig geplant werden – auch besser für die Kooperation mit Verwaltung, die selbst langfristig denkt.
- Bisher gibt es innerhalb des Mirker Forums noch kein schlüssiges Konzept, wie bisher nicht repräsentierte Bevölkerungsgruppen miteinbezogen werden können. Forum Mirke besitzt dennoch das Selbstverständnis, für alle Bewohner_innengruppen Kontaktpunkt aus dem Quartier in die Stadtverwaltung zu sein.
- Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Initiativen:
 - Was passiert mit durch Initiativen eingerichteten Stellen, die alle gut finden, wenn die Förderkulisse wegfällt?
 - Einerseits unterstützt die Stadt, andererseits ist Flexibilität nicht zu unterschätzen, die man hat, wenn man allein arbeitet.
 - Innerstädtisch bräuchte es mehr Vernetzung, in der Verwaltung wissen die Ämter häufig voneinander nicht, wie sie funktionieren. Es gibt Integrationskonzepte, praktisch wird aber nicht integrativ gearbeitet.
 - Es kommt auf den einzelnen Verwaltungsmitarbeiter an.

„Aus Sicht der Verwaltung“

Fragen: *Wie sollten urbane Initiativen aufgestellt/organisiert sein, damit Stadtverwaltungen gut mit ihnen kooperieren können? Welche Anknüpfungspunkte bieten Verwaltungen urbanen Initiativen an? Wie sehen die Rahmenbedingungen und Entscheidungsspielräume von Stadtverwaltungen im Umgang mit zivilgesellschaftlichen Initiativen aus? Wo liegen aus Sicht von „Verwaltung“ die zentralen Potenziale und Reibungspunkte?*

Input von Cordula Theis, **Stadtverwaltung Langenfeld**:

- sie selbst ist als Juristin extern in die Verwaltung eingetreten
- setzt in ihrer Stelle eigentlich das Demographieprojekt – dies meint eine demographiegerechte Gemeindeentwicklung unter den Bedingungen von zurückgehenden Geburtenraten und der Alterung der Bevölkerung – mit den Bürger_innen um
- Kommunen haben sehr enge Vorgaben
- Zielvorstellung für das Selbstverständnis von Verwaltung: Umsetzen, was Bürger_innen wollen, Verwaltung als Dienstleister
- urbane Initiativen sollten klare Ansprechpartner_innen gegenüber der Verwaltung benennen
- Wunsch: Schnittstelle zu urbanen Initiativen als Querschnittsaufgabe in Verwaltungen

- Quartiersmanager_innen als Mittler_innen zwischen Verwaltung und urbanen Initiativen, Diskussionspunkt: Akteur_innen aus den Quartieren oder externe Akteur_innen als Quartiersmanager_innen einsetzen, beides hat Vor- und Nachteile

Erfahrungen und Diskussionspunkte:

- Verständnis innerhalb der Verwaltung, wie eine Initiative organisiert ist, ist von zentraler Bedeutung
- irgendwo muss ja jemand sein, der den Hut aufhat – Verwaltung tut sich schwer mit spontanen Dingen
- Anpassung an die „Sprache der Verwaltung“ für urbane Initiativen sinnvoll/zielführend
- Gegenüberlegung aus der Verwaltung: Bei vielen Anfragen kann es auch schon helfen, die Organisation der Verwaltung klar nach außen darzustellen
- Fortbildungsangebote der Verwaltung wahrnehmen
- gegenseitiges Lernen und auch Anerkennen von jeweiligen Kompetenzen
- eigentlich wäre ein Umbau der Verwaltung notwendig
- Kreativität und Bürokratie beißen sich, daher getrennt funktionierende Räume für beides notwendig

„Muster des Gelingens“ für eine kooperierende Stadt(raum)gestaltung

Fallbeispiele

Es erfolgte eine Vorstellung von vier Fallbeispielen aus unterschiedlichen Bereichen einer kooperierenden Stadt(raum)gestaltung durch jeweils (zumindest) eine_n Vertreter_in einer urbanen Initiative und eine_n Vertreter_in aus der Stadtverwaltung. Im Anschluss erfolgte eine Diskussion der Fallbeispiele.

Hier sind die Fälle anhand folgender Aspekte zusammengefasst:

- Ausgangslage
- Akteur_innen
- Verläufe/Prozesse
- Gelingensbedingungen

Leopoldplatz (Berlin)

Fallpräsentation durch Sanda Hubana (ehemals **Gangway e. V.**) und Sabine Krutzsch (**Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt**, Berlin)

Ausgangslage:

- 2010: Bürgerproteste gegen ansässige Trinker- und Drogenszene (Beschwerden über Lärm, Vermüllung und unangeleinte Hunde führten zur Meidung von bestimmten Platzbereichen, Folge: Unsicherheitsgefühl, empfundene mangelnde Aufenthaltsqualität); Unterschriftenaktion und Medien bauten Druck auf Politik auf
- zeitgleich Aufnahme in Städtebauförderprogramm, da Leopoldplatz zum festgelegten Aktiven Zentrum und Sanierungsgebiet Wedding-Müllerstraße seit 2009, resp. 2011, gehört
- Schwierigkeit: unterschiedliche Eigentumsverhältnisse des Platzes (öffentlich und privat)
- Vorgaben verschiedener Ämter (Grünflächen-, Gesundheitsamt, ...)
- politische Verantwortung des Bezirksamtes

Akteur_innen:

- Bürger_innen (als Anwohner_innen und Nutzer_innen des Platzes); Folge: Beginn Beteiligungsprozesses, Gründung des Runden Tisches Leopoldplatz, Beauftragung eines Sozialen Platzmanagements Leopoldplatz)

- lokale Trinker- und Drogenszene
- Team Leo/Soziales Platzmanagement bei Gangwaye.V. (eine Ethnologin: zuständig für Koordination/Netzwerkarbeit, ein Streetworker: zuständig für Straßensozialarbeit)
- Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt (Sabine Krutzsch)
- Landschaftsarchitekt – Stadtplanungsamt des Bezirks Berlin-Mitte – Prozesssteuerer im Auftrag des Bezirksamtes – Präventionsrat des Bezirks Berlin-Mitte
- vor allem Alte Nazareth-Kirchengemeinde
- verschiedene Ämter (Grünflächen-, Gesundheitsamt, ...), Polizei

Verläufe/Prozesse:

- **Runder Tisch „Leopoldplatz“** (Ausgangspunkt für Beteiligungsprozess)
 - Erarbeitung eines integrierten Handlungskonzept zur Einbeziehung der Bürger_innen
 - 4 Bausteine: 1) kulturelle Belebung; 2) bauliche Maßnahmen; 3) Verbesserung der Sicherheit; 4) Soziale Arbeit mit der „Szene“ sowie Koordination/Konfliktvermittlung im Netzwerk
 - anfangs über 100 Teilnehmer_innen, später „aktiver Kern“ bestehend aus ca. 25 Personen
- Soziales Platzmanagement hat den Kontakt zur „Szene“ aufgenommen, wodurch die Leute sich wertgeschätzt fühlten und beteiligt wurden
- Untersuchung der „Szene“ durch teilnehmende Beobachtung und informelle Gespräche (ethnografisches Wissen über die „Szene“), Perspektiven der verschiedenen Akteur_innen ‚aufgenommen und angeschaut‘, d. h. sowohl im breiten Netzwerk als auch innerhalb der „Szene“ selbst
- Verständnisprozess auf beiden Seiten initiiert (empörte Bürger_innen und „Szene“), dies eröffnete Lösungswege
- Erkenntnisse und Kompromisse wurden im Netzwerk kontinuierlich kommuniziert

Gelingensbedingungen:

- Beteiligung von und Zusammenarbeit mit allen Beteiligten, insbesondere auch denen, die als „Problem“ wahrgenommen wurden/werden; Vertrauen aufbauen, auch informelle Gespräche führen, Netzwerkbildung
- gleichwertige Wahrnehmung aller Interessen
- Herstellen von Verständnisprozessen auf beiden Seiten (Auflösung verhärteter Fronten durch intensive Kommunikationsprozesse)
- Kompetenz, Durchsetzungsvermögen und Feingefühl einzelner Akteur_innen
- integriertes, konfliktpräventives Konzept für Mitte und Senat; Funktion eines **Präventionsrates** als Mittler innerhalb der Verwaltung; Soziales Platzmanagement als externe Beauftragte
- Kombination der Kompetenzen unterschiedlicher Akteur_innen (u. a. ethnografische Arbeit und Moderation von außen)

- Aufnahme in Städtebauförderprogramm (Sanierung und AZ) war glücklich, weil dadurch finanzielle Mittel zur Verfügung standen

Aktuell wird zu dem Fall Leopoldplatz eine Dokumentation erstellt. Die Fertigstellung und Veröffentlichung der Handreichung (für andere Stadtentwickler_innen) ist für 2015/2016 geplant.

Rohrmeisterei (Schwerte)

Fallpräsentation durch Tobias Bäcker (Bürgerstiftung Rohrmeisterei Schwerte) und Adrian Mork (Fachdienst 2 Demographie, Stadtentwicklung und Umwelt, Stadt Schwerte)

Ausgangslage:

- Rohrmeisterei (ein altes Industrieareal in Schwerte) stand schon lange leer
- bereits lange im Fokus der Verwaltung, die dort „etwas machen“ wollte; aus den Verwaltungsideen ist jedoch nie etwas geworden
- Ende der 90er Jahre gab es in Schwerte einen Bürgermeisterwechsel nach 40 Jahren SPD, sodass frischer Wind in die Stadt kam und der neue, junge Bürgermeister der CDU die Bereitschaft zeigte, sich mit zivilgesellschaftlichen Initiativen auf Augenhöhe zu unterhalten.
- gleichzeitig existierten noch politische Pläne, das Gelände durch Abriss und Neubau zu entwickeln
- bereits seit langem vor Ort aktive Kulturvereine, welche das Areal „retten“ wollten und die Initiative gestellt haben

Akteur_innen:

- Initiative (die das Gebäude Rohrmeisterei nutzen wollte)
- etablierte lokale Vereine
- (neue) Amtsleitung der Stadtverwaltung
- Bürgermeister
- Joachim Boll (Projektkoordinationsagentur startklar.projekt.kommunikation)
- Land NRW (als Fürsprecher von Außen)

Verläufe/Prozesse:

- Initiative/Kulturvereine haben sich mit Ideen für das Gelände selbst ins Spiel gebracht
- neuer Bürgermeister hat ihnen die Rohrmeisterei als „Geschäft der laufenden Verwaltung“ (d. h. ohne Einbezug des Rates, der Abriss & Neubau wollte) günstig vermietet
- Initiative hat zunächst sehr viele Veranstaltungen organisiert und dabei eng mit der Verwaltung kooperiert, gerade auch im Bereich Umnutzungsanträge
- nach einem Jahr wurde offiziell ein langer Pachtvertrag mit der gegründeten Stiftung samt Nutzungsänderung des Geländes geschlossen

- Entwicklung der Umgebung der Rohrmeisterei mit Städtebauförderung, Förderantrag beim Land NRW folgte
- aktuell: sich selbst tragendes Finanzierungskonzept mit eigener Gastronomie, um unabhängiger agieren zu können und den Ausbau voranzutreiben

Gelingensbedingungen:

- Nutzung kurzer Wege, die in einer Kleinstadt einfacher möglich sind; bspw. positive und direkte Entscheidungen durch den Bürgermeister als „Geschäft der laufenden Verwaltung“ ohne Einbezug vieler anderer Parteien, wodurch sich Interessenkonflikte vermeiden ließen
- Narrativ des Gelingens: Projekt wurde eine „selbsterfüllende Prophezeiung“ – einerseits durch frühe Ankündigungen, dass es „eh schon so funktionieren wird“, andererseits durch die Bereitschaft, Risiko einzugehen und „mit breiter Brust“ erstmal Langzeitpläne aufzustellen
- Bekannte/wichtige Fürsprecher als „künstlicher Rückenwind“: wichtige Planungsprofessoren von vor Ort haben ehrenamtlich das städtebauliche Konzept betreut; das Land NRW hat positive Signale zur Finanzierung gesendet
- Coaching von außen; hier die Betreuung durch Projektkoordinationsagentur (was auch Fördermittel aus Landesmitteln ermöglicht hat)
- Respekt von beiden Seiten (Initiativen und Verwaltung)
- klare Ansprechpersonen von/für beide Seiten (Initiative und Verwaltung)
- Durchbrechung von etablierten Mustern (der bisherigen Stadtplanungsansätze etc.)

Grandhotel Cosmopolis (Augsburg)

Fallpräsentation durch Michael Adamczyk & Georg Heber (Mitinitiatoren [Grandhotel Cosmopolis](#)) und Michael Fäustlin ([Bauordnungsamt der Stadt Augsburg](#))

Ausgangslage:

- Zielvorstellung: einen Ort schaffen, an dem unterschiedliche temporäre Aufenthalte – von Geflüchteten, Hotelgästen und Künstler_innen – auf Augenhöhe möglich sind
- seit drei Jahren leerstehendes Gebäude (ehemaliges Seniorenheim) mit 2700 m² Nutzfläche und 66 Zimmern im Eigentum der Diakonie Augsburg, von dem der Eigentümer keine klare Nutzungsidee hatte
- Idee der Zwischennutzung in einer gemeinsamen Interessenfindung zwischen Nutzer_innen, Eigentümer_innen und Stadtverwaltung
- Problem, dass Flüchtlingsunterkunft in der Lage (Wohngebiet) damals eigentlich nicht denkbar war sowie zum Zeitpunkt des Entstehens (2010) es in Bayern auch keine offizielle Möglichkeit, Geflüchtete privat unterzubringen, gab

Akteur_innen:

- „Grandhoteliers“ (direkte Projektinitiatoren und informelles Netzwerk aus Menschen mit verschiedenen Hintergründen)
- Diakonisches Werk e. V.
- Regierung von Schwaben
- Stadtverwaltung

Verläufe/Prozesse:

- zunächst Verständigung mit Hauseigentümerin über die Idee; erst in einem zweiten Schritt Kontakte und Gespräche mit Verwaltungen
- Diakonie ist bereit, in finanzielle Vorleistung zu gehen und ermöglicht hierdurch den Beginn der Umbauarbeiten
- Ausgehend von der Grundidee wird das Konzept im Rahmen eines dynamisch wachsenden Prozesses Schritt für Schritt, in der Auseinandersetzung mit dem Ort geschaffen/weiter entwickelt (→ work in progress)
- ein breiter Unterstützer_innenkreis bildet sich und trägt unter der Prämisse „es einfach selber zu machen“ zur Realisierung der Umbauten maßgeblich bei
- grundlegende Spannung zwischen dem Anspruch, das Konzept dynamisch, offen und kollaborativ zu entwickeln sowie der Notwendigkeit, das Projekt über eine klar darstellbare Idee zu vermitteln (gerade etwa im Hinblick auf „Umweltschutz“, „Nachhaltigkeit“, „Sicherheit“ etc.)
- sukzessive Fertigstellung einzelner Gebäudeteile und Zimmer; Öffnung im Rahmen einer Auftaktveranstaltung erzeugt wichtige öffentliche und mediale Effekte – großes Medieninteresse wird im Laufe des Prozesses eher störend
- Vorstellungen der Initiatoren und Erwartungen und Vorschriften der Bezirksregierung von Schwaben lassen sich nur partiell vereinbaren
- komplexe Entscheidungsprozesse innerhalb der Stadtverwaltung mit ungewöhnlichen Abläufen (11 Fachbehörden beteiligt)
- Initiatorenkreis konstituiert sich als Verein

Gelingensbedingungen:

- Initiatoren verfügen über unterschiedliche Hintergründe, Expertisen und fundierte Erfahrungen (etwa mit temporären Nutzungen, Umbauten und Großveranstaltungen) sowie über vielfältige Kontakte in der Stadt
- Mobilisierung einer Vision von einer anderen Form der Unterbringung von Geflüchteten, die aber zugleich über die Metapher „Grandhotel“ und den konkreten Ort im Stadtraum greifbar wird und Menschen anspricht
- (kreative, künstlerische, utopische) Vision der Initiatoren lässt sich so übersetzen, dass sowohl die breitere Öffentlichkeit Interesse gewinnt, als auch (an Vorschriften gebundene) Behörden sie unterstützen
- Vorschlag für die sinnvolle Zwischennutzung eines Gebäudes, das für den Eigentümer ein Problem darstellte; es lässt sich eine Interessenskongruenz zwischen Initiatoren und Eigentümer herstellen

- Initiatoren kontaktieren Verwaltungen/Regierungen gemeinsam mit der Diakonie, die als Hauseigentümerin über das Objekt verfügen kann und weiterhin nachweisliche Kompetenz in der Flüchtlingsunterbringung besitzt
- Ein professioneller Plan, in den gerade architektonische Expertise eingeflossen ist und der somit die „Vision“ in notwendige Planungsschritte überträgt und einen professionellen Austausch mit den Behörden ermöglicht: denn eine Initiative muss einen genehmigungsfähigen Antrag vorlegen (eine Behörde darf nichts genehmigen, was sie selber zeichnet.)
- Prozesse so lange wie möglich offen gehalten, auch wenn sich daraus ein Zielkonflikt ergeben konnte, da für Verwaltungsentscheidungen klare Pläne und Festschreibungen benötigt werden
- laufender Diskussionsprozess, der alle involvierten Akteure (Eigentümerin, Nachbarn, Stadtverwaltung, Stadträte, Bezirksregierung, Öffentlichkeit) einbindet
- Thema „Asyl“ produzierte politischen Willen und besonderen Druck, der Prozesse beschleunigen und Öffentlichkeiten schaffen kann
- Aufgaben für bzw. Anliegen an die Verwaltung wurde in „Paketen“ zusammengefasst, um bessere Bearbeitung zu ermöglichen
- Einhaltung eines verwaltungskonformen Zeitplans für Planung, Genehmigung und Ausführung
- Größe der Stadt Augsburg als relevanter Faktor in Hinblick auf Kontinuität innerhalb des Projektteams!?

Platz vor dem Dortmunder U (Dortmund)

Fallvorstellung durch Gisela Bartholomä (Amt für Wohnen und Stadterneuerung, Dortmund) und Yvonne Johannsen (Die Urbanisten, Dortmund)

Ausgangslage:

- Vorplatz des Dortmunder U ist von seiner Lage und Beschaffenheit ideal für das Skaten, es fehlten jedoch Rampen zur optimalen Nutzung
- Ziel/Idee: Nutzung des Platzes vor dem Dortmunder U erweitern mittels mobiler Skaterrampen (skatebare Kunstobjekte), die gemeinsam mit Bürger_innen gebaut und der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden

Akteur_innen:

- Verwaltung: Amt für Wohnen und Stadterneuerung der Stadt Dortmund (Gisela Bartholomä)
- Quartiersmanagement „Rheinische Straße“
- Verein/die Urbanisten (Yvonne Johannsen)
- Skateboard Initiative Dortmund
- Jury (Zusammensetzung: Mitglieder mehrheitlich per Zufallsprinzip ausgewählte Bewohner_innen, Mitarbeiter_innen aus Initiativen aus dem Unionviertel, Quartiersmanagerin und Vertreter_innen der Dortmunder Stadtverwaltung)
- Bewohner_innen

- Mitarbeiter_innen des Dortmunder U

Verläufe/Prozesse (hier strikt chronologisch):

- Beratung durch das Quartiersmanagement „Rheinische Straße“ (Vorstellung der Projektidee und Abgleich mit den Förderrichtlinien des Quartiersfonds)
- Antragstellung beim Quartiersfonds „Rheinische Straße“
- Feststellung der Förderfähigkeit des Projektantrags durch das Amt für Wohnen und Stadterneuerung der Stadt Dortmund
- Eventuell: Anpassung des Antrages durch die/den Antragsteller*in
- Weitergabe des Projektantrags an die Jury des Quartiersfonds
- Zusage über die Förderung der Projektidee (am gleichen Tag der Jurysitzung oder unmittelbar danach)
- Problem: Auflage: „zweckgebundene Nutzungsfrist“ der Rampen von 5 Jahren
- Lösung: Rampen wurden von der kooperierenden Skateboard Initiative Dortmund übernommen und in Zukunft von dieser gelagert und gewartet.

Gelingensbedingungen:

- seitens der Verwaltung:
 - Flexibilität und Kreativität: Wie passen Interessen der Initiative mit Interessen der Verwaltung zusammen?
 - unterschiedliche Kompetenzen und Interessen von Verwaltung und Initiativen kennen, akzeptieren und nutzen
 - Förderung der Kommunikation und Zusammenarbeit unter den Bürger_innen und Initiativen, bspw. durch runde Tische
 - Kommunikation auf Augenhöhe
 - Risikobewusstsein: Akzeptanz, dass bei der Umsetzung/Förderung von Projekten ein gewisses Risiko immer vorhanden ist
 - direkte Kommunikation und Erfahrungsaustausch
 - Weitergabe von Wissen und Erfahrungen von Initiativen an andere Akteur_innen im Quartier initiieren/fördern
- seitens der Initiative:
 - hoher Grad an Professionalität der Initiative (Strukturiertheit, Verantwortungsbewusstsein)
 - Selbstvermarktung zum Beispiel durch professionelle Werbung wichtig (professionelle Erscheinung und Außenwirkung)
 - Annäherung an die Kommunikationsweise der Verwaltung
 - Wissen über Ansprechpartner_innen in der Verwaltung wichtigstes Arbeitsinstrument der Initiativen

Zusammenführung

Der letzte Programmpunkt des Arbeitstreffens galt einer zusammenführenden Diskussion der Fallbeispiele mit dem perspektivischen Ziel, kollaborativ ein Endprodukt zu den „Mustern des Gelingens“ einer kooperierenden Stadt(raum)gestaltung zu erstellen. Dazu wurden erste Ideen besprochen, insbesondere mögliche Formen und Ziele dieses Endproduktes sowie mögliche Beiträge der Teilnehmer_innen, Initiativen und Organisationen.

Ideen und Diskussionsbeiträge zu Formen, Inhalte und Ziele:

- Printprodukt sinnlos – Blog ist sinnvoller als Form, aber dort wird Inhalt weniger diskutiert
- Sprache und Ansprache sind wichtig – welcher Ton wird gewählt?
- Muss dahin, wo es am meisten Wirkung erzielt → Zeitschriften der Kommunalverbände (Mitteilungen des Deutschen Städtetages) und am besten durch Person mit Professorentitel geschrieben sein
- ästhetische, an Adressat_innen gerichtete Aufmachung
- Faltplan (Spiel), welcher bei Treffen zwischen Initiativen und Verwaltung auf dem Tisch ausgelegt werden kann, damit sich jede Seite spielerisch/ironisch über ihre Rolle bewusst werden kann
- Manifest, wachrüttelnde Formate
- Ausstellung
- unmittelbare Begegnung, face-to-face
- audiovisuelles Format
- performative Darstellung, bspw. Sketch
- Kontaktmöglichkeiten und Erfahrungsberichte auflisten und zugänglich machen
- Problembeschreibung und -lösung darstellen, um Ideen zu fördern
- Adressat bedenken: Verwaltung oder Initiativen?
- Austausch zwischen Initiativen in einer Stadt fördern
- Baukastenprinzip (digital oder gedruckt), damit sich jede_r entsprechend ihrer/seiner Bedürfnisse etwas raussuchen kann
- Soll die Handreichung primär neugierig machen oder dem Erfahrungsaustausch dienen? Möchte man berichten/erzählen über oder möchte man neugierig machen auf?
- Wie kann eine solche Handreichung in der Verwaltung genutzt werden?
- „Man sollte nicht der Illusion erliegen, mit Handreichungen die deutsche Verwaltung zu verändern.“
- Wer ist die Zielgruppe? Egal welches Format, es muss beachtet werden, dass es multilingual gemacht wird!

Mögliche Beiträge:

- Kooperation zunächst innerhalb der Laufzeit von SEiSMiC konzipieren und dann an eine Organisation übergeben

- Utopiastadt organisiert im Jahr 2016 ein großes utopistisches Festival zu Kunst, Kultur, Stadtgestaltung und würde da gerne eine Plattform zur Verbreitung der Handreichung bereitstellen
- im Rahmen eines zukünftigen Arbeitstreffens könnte SEiSMiC die Berliner Bezirksämter zusammenbringen und in diesem Rahmen „Gelingensbedingungen“ vermitteln
- Montagsstiftung kann eine solche Handreichung gerne auf ihre Webseite aufnehmen

Organisator_innen und Kooperationspartner

Das Arbeitstreffen „Zwischen Anspruch auf Selbstorganisation und Mut zur Verwaltung – Auf der Suche nach neuen Formen der Stadtgestaltung“ wurde von SEiSMiC Deutschland in Kooperation mit Utopiastadt Wuppertal und clownfisch sowie der Zukunftsakademie NRW durchgeführt.

SEiSMiC Deutschland

seismicproject.eu/germany

Jens Adam

adamjens@hu-berlin.de

Jörg Niewöhner

joerg.niewoehner@staff.hu-berlin.de

Wolfgang Kaschuba

wolfgang.kaschuba@hu-berlin.de

Marc Lange

marc.lange@hu-berlin.de



Zukunftsakademie NRW

zaknrw.de

Anja Junghans

a.junghans@zaknrw.de

Timo Köster

t.koester@zaknrw.de

ZAK NRW
ZUKUNFTSAKADEMIE

Utopiastadt Wuppertal / clownfisch

clownfisch.eu/utopia-stadt

Achim Konrad

a.konrad@clownfisch.eu

Christian Hampe

c.hampe@clownfisch.eu

cf
UTOPIASTADT

Dokumentationsteam

Diese Dokumentation wurde durch die während des Arbeitstreffens angefertigten Protokolle sowie Mitarbeit von Catharina Lüder, Jonas Müller, Stefanie Beck und Marc Lange vom Institut für Europäische Ethnologie der Humboldt-Universität zu Berlin ermöglicht.

Kontakt und Impressum

SEISMIC Deutschland

Nationales Netzwerk des europäischen Projekts SEISMIC

Webseite: www.seismicproject.eu/germany

E-Mail: germany@seismicproject.eu

Sitz:
Institut für Europäische Ethnologie
Humboldt-Universität zu Berlin
Mohrenstraße 40/41
10117 Berlin



SEISMIC ist ein europäisches Projekt. In Deutschland wird das SEISMIC-Netzwerk am Institut für Europäische Ethnologie der Humboldt-Universität zu Berlin koordiniert.

Das Projekt *Societal Engagement in Science, Mutual learning in Cities* zielt auf die Einbindung von Gesellschaft in Wissenschaft ab. Der Fokus liegt hierbei auf Fragestellungen der Urbanisierung und auf den Herausforderungen, die sich für europäische Städte heute und in Zukunft ergeben. Zudem tritt das Projekt für einen Gedankenaustausch und Diskurs zwischen verschiedenen städtischen Akteuren und der Zivilgesellschaft ein.

Mehr Informationen finden Sie unter:

www.seismicproject.eu und www.seismicproject.eu/germany